

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telek: 688 846 pbbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Heinz Putzrath zu einer
Stellungnahme des Komitees
der Widerstandskämpfer
der DDR: Späte Be-
kenntnisse.

Seite 1

Prof. Gerhard Heimann
MdB zu den Veränderun-
gen im Osten und ihre Be-
deutung für Europa: Das
Ende der Nachkriegsord-
nung. (Teil II und Schluß)

Seite 3

Dokumentation:

Bei der Gründung der So-
zialdemokratischen Partei
in der DDR, die am 7. Ok-
tober in Schwante (Kreis
Oranienburg) erfolgte,
hielt Markus Mackel einen
programmatischen Vor-
trag, den wir in mehreren
Fortsetzungen dokumen-
tieren. (Teil I)

Seite 7

44. Jahrgang / 235

7. Dezember 1989

Späte Bekenntnisse

Zu einer Stellungnahme des Komitees der Widerstandskämpfer
der DDR

Von Heinz Putzrath
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten
(AVS)

Um Absolution zu erhalten ist das Schuldbekenntnis eine uralte
Methode. Auch die Kommunisten praktizieren sie seit ihrer Grün-
dung. Bei den jüngsten Ereignissen in der DDR darf natürlich
auch das Komitee der Widerstandskämpfer nicht fehlen. So hat
sich das Präsidium der Zentraleitung am 20. November 1989
mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Neben dem
Versuch, sich schnell noch auf die Seite der „Erneuerer“ zu stellen,
heißt es unter anderem:

„Wir fühlen uns mitverantwortlich, weil wir nicht entschie-
den und rechtzeitig genug entsprechend unseren politischen
und moralischen Pflichten auf angestaute Probleme hinge-
wiesen haben. Wir bekunden unsere tiefe Achtung vor allen
Antifaschisten, die unter Stalins Herrschaft, wo auch immer,
verfolgt, gequält oder ermordet wurden. Wir fordern ihre
volle und öffentliche Rehabilitierung. Dies gilt auch für alle
Kameradinnen und Kameraden, die in unserem Land gede-
mütigt, ungerecht behandelt und eingekerkert wurden.“

Die „Berliner Zeitung“ vom 22. November 1989 kommentiert
die Erklärung unter anderem mit folgenden Sätzen:

„Die uns in Richtung Westen verlassen haben, bestätigen
auch diese bittere Erkenntnis: die Jugend hat das noch un-
längst gebotene Geschichts- und Sozialismusbild nicht an-
genommen. Schlimmer. Das Aussparen unliebsamer Vor-
gänge wie auch das Verklärt-Heroische machten dieses ge-
schönte Bild insgesamt unglaubwürdig. Welche Chancen
hatten sich da auch antifaschistische Widerstandskämpfer
entgehen lassen! Wer anders als sie hätte der Jugend noch ein-
drucksvoller und ehrlicher die ganze Härte des Kampfes
vermitteln können, was jeder junge Mensch sucht und so
dringend braucht: Wahrheit. Im Komitee der Antifaschisti-
schen Widerstandskämpfer geht man nun offenbar mit sich
selbst ins Gericht...“

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kundengruppe
mit wertvollen Rückfragen
Rings 1199-Papier



Im Zuge der angekündigten politischen und rechtlichen Reformen in der DDR sei noch einmal auf die Entschließung des SPD-Präsidiums vom 13. März 1989 verwiesen, die am 20. November 1989 vom SPD-Parteivorstand ausdrücklich bekräftigt wurde. Sie erinnert daran, daß die SPD das Unrecht nicht vergessen kann, das „Sozialdemokraten nach dem Kriege in der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR erlitten haben. ‚Sozialdemokratismus‘ war ein Vorwurf, den viele Menschen mit dem Verlust von Freiheit oder Nachteilen für ihr berufliches Fortkommen zu bezahlen hatten. Die SPD erwartet, daß sich im Zuge der geistigen Veränderungen in Europa auch in der DDR die Bereitschaft entwickelt, dieses Unrecht zu erkennen und als solches zu bezeichnen. Die Hinwendung zur Gerechtigkeit gehört zur gemeinsamen europäischen Zukunft.“

Neben der Rehabilitierung der zu Unrecht in der DDR Verfolgten, wäre es auch an der Zeit, daß die Kommunisten bei der Reformierung ihrer Partei sich nicht länger als Sozialisten bezeichnen. Das Verstecken hinter dem Begriff „Sozialismus“ ist eine grobe Irreführung. Sozialismus ist nur auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie denkbar, also im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft. Kommunisten dagegen erstreben das Meinungs- und Machtmonopol, selbst wenn sie momentan zu Konzessionen auf diesem Gebiet gezwungen sind. Durch die Verwendung der Bezeichnung „sozialistisch“ hat die DDR und die SED den politischen Gegnern demokratischer Sozialisten eine völlig ungerechtfertigte Angriffsfläche geboten. Daher wird es auch Aufgabe der SPD sein, den Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialisten eindeutig klarzumachen.

Einige haben bereits erkannt, wie notwendig es ist, daß sich Kommunisten wieder als solche bezeichnen. So schrieb der Intendant der Staatsoper von Dresden, Prof. Dr. Gerd Schönfelder unter anderem:

„Die SED entstand aus der Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten. Dann wurden die Sozialdemokraten von den Kommunisten klammheimlich vereinnahmt. Auch der jetzige Generalsekretär spricht von ‚Wir Kommunisten...‘. Zugleich benutzt er den Grundbegriff sozialdemokratischer Politik, den der Reform. Das Prinzip kommunistischer Politik lautet schon immer: revolutionäre Veränderung, was offensichtlich mit der Politik der Wende auch gemeint sein wird. Allein an diesem Beispiel wird deutlich, wie verschwommen sich das Erscheinungsbild der SED darbietet. Diejenigen von den Alten, die für die SED ‚Wir Kommunisten‘ reklamieren, haben sich mittlerweile als Politik- und Staatsbankrotteure von Format erwiesen, was die Glaubwürdigkeit der SED bis in die Grundfesten erschüttert hat. Also entweder die SED besinnt sich auf ihre Herkunft und ihr daraus abgeleitetes besonderes integrationsfähiges Vereinheitlichungswesen zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Politikkonzeption, oder sie nennt sich ab sofort öffentlich ehrlich Kommunistische Partei. Diese müßte sich allerdings dann mit einem dem Anspruch an eine solche Partei gewachsenen politischen Grundsatzprogramm auseisen. Was bis jetzt verlautbarte, ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Eine Aussage dazu erwarte ich vom außerordentlichen Parteitag noch vor dem ersten Tagesordnungspunkt.“

Eine solche Klarstellung wäre nur begrüßenswert.

(-/7.12.1989/vo-he/rs)

* * *

Das Ende der Nachkriegsordnung (Teil II und Schluß)
Gedanken zu den Veränderungen im Osten und ihrer Bedeutung für Europa

Von Prof. Gerhard Heilmann MdB

3. Das Kriegsziel der Siegermächte

Das Jahrhundert geht zu Ende, und noch immer dauert die Besetzung Deutschlands an. Noch hat keine der vier Siegermächte auf die fortdauernde Kontrolle und die Stationierung von Streitkräften verzichtet. Die vorbehaltenen Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin bleiben die völkerrechtliche Legitimation für einen Zustand, der für Berlin in letzter Instanz Besatzungsrecht bedeutet und beiden deutschen Staaten wesentliche Souveränitätsrechte vorenthält, darunter das Recht, ihr Verhältnis zueinander im Sinne einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung selbst zu bestimmen.

Damit liegt die Lösung der „deutschen Frage“ noch immer in der Hand der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Ihr Interesse ist heute so ungebrochen wie eh und je. Seit es deutsche Geschichte gibt, war ganz Europa von der jeweiligen Lösung der deutschen Frage stark und unmittelbar betroffen. Es ist daher politisch kurzsichtig und historisch absurd, die „deutsche Frage“ nur von innen, aus deutscher Sicht zu sehen. Genauso wichtig ist die Sicht von außen, aus dem Blickwinkel der von ihr betroffenen Völker und Staaten. Der „Westfälische Friede“, mit dem 1648 der Dreißigjährige Krieg beendet wurde, war ein Höhepunkt der Einmischung ganz Europas in die Angelegenheiten der Deutschen. Heute stehen wir vor der Aufgabe, den Westfälischen Frieden unserer Zeit zu schließen. Das wird nur gelingen, wenn wir die beiden Sichtweisen der „deutschen Frage“, die von innen und die von außen, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen vermögen.

Rechnet man nach, dann hält der Zustand der Besetzung, Teilung und Kontrolle Deutschlands nun bald ein halbes Jahrhundert an, genauso lange wie zwei Weltkriege und zwei Vorkriegszeiten zusammen. Er scheint bisher, abgesehen von den Deutschen selbst, für alle anderen offensichtlich der beste aller möglichen Zustände zu sein. Diesen Umstand begreift man nur, wenn man sich klar macht, daß mit dem Ziele der Eindämmung Deutschlands zwei Weltkriege geführt wurden. Der Preis, den die Sieger und auch die, die nur Opfer waren wie die Juden und die Völker Osteuropas, die von der Herrschaft Hitlers unter die von Stalin kamen, bezahlen mußten, überstieg alle bis dahin gekannten historischen Maßstäbe. Dem Deutschen Reich kostete es die staatliche Existenz, den Deutschen mehr als ein Viertel ihrer historischen Siedlungsflächen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die alte Ordnung Europas für immer untergegangen, und selbst zwei der Siegermächte, die ihre Weltmachtrolle und ihre Kolonialreiche verloren, gehörten eigentlich auf die Verliererbank. Denn in zwei Weltkriegen zeigte sich nämlich, daß die Kraft der ehemaligen europäischen Großmächte nicht mehr ausreichte, den deutschen Hegemonieanspruch, der auch unabhängig von den imperialen Träumen der Alldeutschen und Nationalsozialisten in der kritischen Größe des Deutschen Reiches lag, abzuwehren. Zweimal führte erst das Eingreifen der Vereinigten Staaten die Niederlage Deutschlands herbei, das zweite Mal im Bündnis mit der anderen großen Flügelmacht am Rande Europas, der Sowjetunion. Seither hat die „deutsche Frage“ ihre auf Europa begrenzte Relevanz weit überschritten. Die im Zweiten Weltkrieg endgültig begründete Weltmachtrolle der Vereinigten Staaten und noch deutlicher die der Sowjetunion sind auf eine ganz konkrete Weise mit ihr verbunden.

Die Nachkriegsordnung Europas ist zum ersten Mal keine europäische Ordnung mehr, sondern eine von den beiden Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkrieges Europa aufgezwungene Ordnung. Seither ruht Europa unter dem Kondominium der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die ihre geteilte Herrschaft in dem stillschweigenden Einverständnis ausgeübt haben, den Einflußbereich des jeweils anderen zu respektieren. Die Berliner Mauer ist Konsequenz und Symbol dieses Kondominiums. Die historische Ursache und Verantwortung liegt also nicht nur bei der Sowjetunion allein, sondern im Kondominium selbst. Und so wie die Vereinigten Staaten am Kondominium interessiert und beteiligt waren, haben sie auf ihre Weise dazu beigetragen, daß die Mauer errichtet werden konnte. Die letzte Klarheit über dieses widersprüchliche Kapitel amerikanisch-sowjetischer Politik kann nur die vollständige Offenlegung des diplomatischen Zusammenspiels von Chruschtschow und Kennedy bringen. Nimmt man die konkrete und die symbolische Bedeutung der Berliner Mauer, dann könnte ihre Öffnung am 9. und 10. November 1989 das Ende des bisherigen Kondominiums der Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges über Europa ankündigen. Der 9. und 10. November 1989 wäre dann auch das Datum, an dem die Nachkriegszeit zu Ende gegangen wäre.

Sicher ist das aber noch nicht, denkbar wäre auch, daß das Kondominium, das bisher alle Interessengegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion überstanden hat, selbst das Ende des Ost-West-Konfliktes überdauern könnte; denn es wäre fahrlässig zu vergessen, daß das Kondominium älter als der Ost-West-Konflikt ist und durch ihn nur überlagert wurde. Mit dem Ost-West-Konflikt wurde das Ziel, die Eindämmung Deutschlands, lediglich durch ein neu hinzukommendes Ziel ergänzt. Die Bundesrepublik Deutschland wurde für die drei Westmächte und entsprechend die DDR für die Sowjetunion ein jeweils militärischer Faktor im Ost-West-Gleichgewicht. Am Ende waren beide deutschen Staaten vollständig in die gegeneinander gerichteten Bündnissysteme integriert. Aus den Besiegten, die sie, wie ich dargestellt habe, in bestimmter Beziehung geblieben sind, wurden gleichzeitig Bündnispartner.

Der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Hanrieder hat diesen Vorgang aus der Sicht der Vereinigten Staaten das „doppelte Containment“ genannt. Die US-Politik mußte nach dem Kriege das Kunststück vollbringen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die Eindämmung Deutschlands sollte aufrecht erhalten und verstetigt werden und gleichzeitig mit der Eindämmung der Sowjetunion gekoppelt werden. Wie man sieht, hat die amerikanische Nachkriegsdiplomatie dieses Kunststück mit Bravour auf der politischen Weltbühne vorgeführt: Die Kontrollinstrumente über Deutschland wurden dank Berlins trotz des Ost-West-Konfliktes intakt gehalten. Die stärkste Form der Eindämmung Deutschlands wurde durch die besatzungsrechtlich befohlene Gründung der Bundesrepublik Deutschland als eines Teilstaates erreicht und durch die gleichzeitige vollständige Integration dieses Teilstaates in ein übergeordnetes Bündnis und Wirtschaftssystem befestigt. Indem die Bundesrepublik in die NATO und EG fest integriert wurde, nahm man ihrem militärischen und wirtschaftlichen Potential jede Gefährlichkeit nach Westen, aber konnte es gleichzeitig als wichtigen Potenzierungsfaktor der eigenen Stärke der Vereinigten Staaten in ihrer Auseinandersetzung mit ihrem neuen Haupttrivalen, der Sowjetunion, nutzen.

Wenn nun die Eindämmung der Sowjetunion für die Vereinigten Staaten an Bedeutung verliert, könnte das andere Ziel, weil davon ihr Verbleiben in Europa abhängt, um so mehr Bedeutung erlangen. Die Versuchung ist sowohl für die Vereinigten Staaten wie für die Sowjetunion groß, trotz gegenteiliger Behauptungen ihre schwankende Stellung in Mitteleuropa durch eine Neuauflage von Jalta erneut zu befestigen. Und selbst die zweiten Sieger des Krieges, Frankreich und Großbritannien, die sich an die Schizophrenie gewöhnt haben, einerseits Mitinhaber und andererseits Objekt des Kondominiums zu sein, könnten Gefallen an einer Wiederbelebung der Anti-Hitler-Koalition finden, falls die drohende Bündelung und Vervielfachung des Potentials der beiden deutschen Staaten ihnen so gefährlich erscheint, daß das Ziel zweier Weltkriege, die Eindämmung Deutschlands, plötzlich wieder ganz oben auf der Agenda der Weltpolitik erscheint.

4. Eine friedensvertragliche Regelung

In der beschriebenen offenen Lage die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland zu fordern, ist aus deutscher Sicht wenig vernünftig; es sei denn, man will die Vier Mächte ausdrücklich auffordern, den Deutschen die Grenzen ihres Handlungsspielraums zu zeigen, bevor sich ein neuer deutscher Größenwahn einstellt. Besser wäre es, die Deutschen wüßten selbst, was sie wollen, wollen können und was nicht. Die böse Erfahrung mit dem Bismarckreich und die gute Erfahrung mit einer fest in Europa integrierten Bundesrepublik sollte sie klug gemacht haben, ihre nationalen Interessen in Übereinstimmung mit denen Europas zu bringen. Nur wenn Europa nicht eine neue deutsche Hegemonie fürchten muß, wird es bereit sein, die Hegemonie über Deutschland endgültig zu beenden. An der Frage, wie wir unser Selbstbestimmungsrecht ausüben, wird sich entscheiden, ob ganz Europa wieder über sich selbst bestimmen kann.

Ob wir überhaupt in die Lage kommen werden, unser Selbstbestimmungsrecht auszuüben, wird vor allem von der Sowjetunion abhängen. In der Sowjetunion vollzieht sich derzeit eine Neubewertung der außenpolitischen Prioritäten. Die andere Supermacht wird für die Sowjetunion auch in Zukunft der wichtigste Partner für Abrüstung, Rüstungskontrolle und weltweite Konfliktbeherrschung sein. Ob jedoch die Sowjetunion überhaupt eine Supermacht bleiben wird, entscheidet sich auf anderen Feldern der Politik: in der Innenpolitik, vor allem der Nationalitätenpolitik, der Wirtschafts- und Geldpolitik und der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung. Ihre Nationalitätenprobleme muß sie selbst lösen; die föderative, dezentrale Struktur der Bundesrepublik könnte höchstens als Muster dienen. Für alle anderen Bereiche ist sie dringend auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und deren Mitgliedsländer angewiesen. Die Entwicklung der Beziehung zu der EG und den EG-Staaten ist für sie schon heute wichtiger als ihre immer lästiger und beschwerlicher werdende Hegemonierolle in Mittel- und Osteuropa. Deshalb ist der folgen-

schwere Satz, den Michail Gorbatschow Anfang Juli 1989 vor dem Europarat in Straßburg sagte, (2) glaubwürdig: „Es ist an der Zeit, die Postulate des ‚Kalten Krieges‘, als man Europa als Arena der Konfrontation, der Aufteilung in ‚Einflußsphären‘ und irgendjemandes ‚Vorfelder‘ sowie als Objekt der militärischen Konfrontation betrachtete, in den Archiven verschwinden zu lassen“. Dieser Satz enthält, zumindest als Programm, die Aufkündigung des mit den Vereinigten Staaten geteilten Kondominiums über Deutschland und Europa.

Die Neuformulierung der sowjetischen Westeuropa- und Deutschlandpolitik bedeutet jedoch noch nicht, daß die Sowjetunion auf ihre Vorbehaltsrechte, Deutschland als Ganzes und Berlin betreffend, verzichtet hätte. Die Vorbehaltsrechte sind der völkerrechtliche Kern des Nachkriegskondominiums der Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs und die wertvollste Trumpfkarte, die die Sowjetunion für die Neuordnung Europas in den Händen hält. Sie wird diese Trumpfkarte nicht für kleine Münze verscherbeln, sondern dann ins Spiel bringen, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen hält, dem Gemeinsamen Europäischen Haus eine feste friedensvertragliche Struktur zu geben. Ihr Interesse, daß dies bald geschieht, muß groß sein; denn der Zustand der Labilität in Mittel- und Osteuropa wird immer unbeherrschbarer und berührt einen Lebensnerv der Sowjetunion.

Wenn diese Annahme richtig ist, dann lautet die wichtigste Frage für die Deutschen in der Bundesrepublik und für die Deutschen in der DDR: Sind wir eigentlich vorbereitet, und welche Antwort werden wir geben, wenn die Sowjetunion die deutsche Karte spielt und gleichzeitig die Anwesenheit ihrer Truppen in den Glacisstaaten zur Disposition stellt, um ihr entscheidendes Gewicht für eine Neuordnung Europas, die den sowjetischen Interessen entspricht, in die Waagschale zu werfen? Falls ein Vorschlag der Sowjetunion kommt, wird er nicht so leicht abzulehnen sein wie das Angebot Stalins 1952, weil nur ein seriöser Vorschlag, der die Interessen aller Beteiligten und die gewachsene Lage Europas berücksichtigt, zu einem Ergebnis führen kann und insofern Sinn macht. In einem solchen Fall genügt es nicht, einfach auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR zu verweisen. Ein solcher Verweis hilft nur kurze Zeit aus der Verlegenheit, sagen zu müssen, was man selbst will. Es ist selbstverständlich absurd, das zukünftige Schicksal der Bundesrepublik allein in die Hände der Bürgerinnen und Bürger der DDR zu legen. Deshalb wird das, was immer sie entscheiden, nur die halbe Wahrheit sein.

5. Europäische Integration oder eine Renaissance des Nationalstaates

Niemand weiß, was die nächsten Wochen und Monate bringen werden. Der größte Unsicherheitsfaktor ist die innere Entwicklung in den Reformstaaten des ehemaligen Ostblocks. Entscheidend wird sein, was in der Sowjetunion und in der DDR geschieht. Es kann sich zeigen, daß die DDR zwar fähig ist, sich zu einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat zu entwickeln, daß sie aber gleichwohl das starke wirtschaftliche Gefälle bei offenen Grenzen zur Bundesrepublik nicht zu überleben vermag. Ein vermutlich wieder einsetzender Übersiedlerstrom wird beiden deutschen Regierungen keine Zeit lassen, die notwendige Angleichung im Lebensstandard allmählich zu vollziehen. Solange die Währung der DDR nicht konvertibel ist, hat sie keine Chance, auch nur kurzfristig neben der Deutschen Mark bei offenen Grenzen zu bestehen. Soll vermeiden werden, daß die Lage in der DDR unbeherrschbar wird, muß neben die Perspektive „Freiheit, Demokratie, Rechts- und Sozialstaat“ sehr schnell die begründete Aussicht auf eine grundlegende Besserung der Lebensverhältnisse in der DDR treten, was nur mit umfassender Hilfe der Bundesrepublik geleistet werden kann. Ändert sich nicht so der nicht schnell genug, werden die Bürgerinnen und Bürger der DDR sich selbst zu nehmen versuchen, was sie anstreben, indem sie die „Wiedervereinigung sofort“ fordern.

Das schwerste Stück Arbeit liegt also noch vor der DDR. Und soll sie sich nicht in die überholten Ordnungsvorstellungen vergangener Jahrhunderte verrennen, dann müssen wir ihr die europäische Perspektive eröffnen. Der Gedanke des Nationalstaates ist den komplizierten, sich überlagernden und gegenseitig durchdringenden Strukturen Mitteleuropas nie gerecht geworden. Er hat die Mitte Europas als eine übernationale historische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Identität lange vorher zerstört, bevor die Mitte endgültig zerschlagen und aufgeteilt wurde. Die Hypertrophie des Nationalstaates begann nicht mit dem Nationalsozialismus, sondern war in der Konstruktion des Bismarckreiches als eine wahrscheinliche Entwicklung angelegt. Die schlimmsten Kapital deutscher Geschichte hat der deutsche Nationalstaat geschrieben. Die im Begriff des Nationalstaats liegende Introvertiertheit auf die eigene Nation ist die einzige Haltung, die sich ein Volk in der Mitte nicht

(2) Zitiert nach BPA Ostinformation/7.7.1989/ Zentrales Sowjetisches Fernsehen.

leisten kann. Die Renaissance, die der Gedanke des Nationalstaates heute erfährt, läßt die Gespenster des untergegangenen Vorkriegseuropas aus ihren Gräbern aufsteigen.

Die Sozialdemokratie darf nicht unsicher werden. Der Nationalstaat wird in Europa keine wirkliche Renaissance erleben, sondern nur eine Scheinblüte. Diese Scheinblüte ist Folge des Vakuums, das im ehemaligen Ostblock durch den Rückzug der ideologischen und politischen Ordnungsmacht Sowjetunion entstanden ist. Im Augenblick der Öffnung nach Westen zeigt sich der außerordentliche Modernitätsrückstand nicht nur in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen, sondern auch im Denken, der unter dem Zwangsmantel des Stalinismus und der nachfolgenden Stagnation in den Gesellschaften des Ostens entstanden ist. Der Nationalstaat ist nur eine vorübergehende Fluchtborg, weil das ehemalige sowjetische Modell nicht mehr verbindlich und die einzige wirkliche Perspektive, die europäische Integration, noch verschlossen ist.

Im Unterschied zum Osten ist im Westen Europas kein Vakuum entstanden, sondern im Gegenteil: Würden sich die Vereinigten Staaten aus Europa zurückziehen, dann würde schon heute die Europäische Gemeinschaft die Lücke so gut wie in jeder Beziehung ausfüllen. Die EG, nach dem Krieg vor allem als Instrument der Einbindung und Eindämmung der Bundesrepublik gedacht, ist die eigentliche Erfolgsgeschichte der Gegenwart. Sie ist ein Faktor von weltpolitischer Bedeutung geworden, der schon lange neben die Vereinigten Staaten getreten ist und nicht schlechte Chancen hat, sie in allen zivilen Politikbereichen zu übertreffen. Die EG ist als faktisches Potential und als Strukturvorbild zum wichtigsten Element der Stabilität in ganz Europa geworden. Zwischen ihr und der Sowjetunion muß sich - nicht im Gegeneinander, sondern Miteinander - ein neues europäisches Gleichgewicht einpendeln.

Für die Bundesrepublik ist heute die Alternative „Zugehörigkeit zur EG“ oder „einheitlicher deutscher Nationalstaat“ nicht einmal mehr als Gedankenspiel sinnvoll. Gerade die konkreten Probleme des ehemaligen Ostblocks können nur mit Hilfe eines leistungsfähigen Westeuropas, also der EG, gelöst werden. Wer so tut, als ob das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen jede beliebige Option enthalte, täuscht sich und die anderen. In Wahrheit ist der Weg vorgezeichnet, und wir müssen das auch sagen.

Die emotionale Verengung der Diskussion auf die „deutsche Frage“ verstellt den Blick, daß die Probleme der DDR sich im Prinzip nicht unterscheiden von denen der anderen Länder des ehemaligen Ostblocks. Es wird nicht möglich sein, der DDR zu helfen, aber den Russen, den Polen, den Ungarn und anderen nicht. Unterschiede kann es allein im Umfang und im Zeitpunkt der Hilfe geben. Auf der Tagesordnung steht also nicht der deutsche Nationalstaat, sondern die Ost-Erweiterung der EG. Die Bundesrepublik ist heute für fast alle ehemaligen Ostblockländer die „Eintrittskarte“ zur EG geworden. Die Bundesrepublik selbst wird dabei die Interessen der Sowjetunion und der DDR besonders im Auge haben, weil ohne die Sowjetunion nichts geht und weil die DDR ihr besonders nahesteht als Teil der einheitlichen deutschen Nation. Auf dem gemeinsamen Weg in die europäische Integration wird zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein Sonderverhältnis entstehen, das die Sowjetunion nicht verhindern, sondern fördern wird, weil es das Vehikel für ihre eigene Annäherung an die EG sein wird. Das Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten ist schon heute eine Vertragsgemeinschaft, die weiter ausbaufähig ist. Im Gemeinsamen Europäischen Haus wird daraus eine Wohngemeinschaft werden. Das Staats- und Völkerrecht enthält für die besondere Nähe und Verbindung von Staaten viele Begriffe. Die „Konföderation“ ist einer davon. In dieser besonderen Nähe und Verbindung von Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik wird Berlin seine neue deutsche und europäische Aufgabe finden.

Ich bin dafür, daß wir unser Selbstbestimmungsrecht so und nicht anders ausüben.

(-/7.12.1989/vo-ha/rs)

DOKUMENTATION
=====**Was die Sozialdemokraten in der DDR wollen**

(Teil II)

Bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die am 7. Oktober in Schwante (Kreis Oranienburg) erfolgte, hielt Merkus Meckel einen programmatischen Vortrag, den wir in mehreren Fortsetzungen dokumentieren. Der Vortrag war von einer Initiativgruppe, die die Parteigründung vorbereitet hatte, erarbeitet worden.

Nach der unter Druck stattgefundenen Vereinigung von SPD und KPD auf dem Gebiet der heutigen DDR wurde diese Tradition schnell verdrängt. Wir wollen sie wieder lebendig werden lassen - unter den für uns spezifischen Bedingungen in der DDR. Deshalb haben wir die Absicht, heute diese Partei zu gründen. Alle Fragen einer Rechtsnachfolge, zum Beispiel in Bezug auf die in Berlin nie aufgelöste SPD, lassen wir heute unberücksichtigt, obwohl wir wissen, daß sie einmal auf uns zukommen werden. Die Bestimmung unserer Programmatik ist ebenfalls von einem wichtigen, von marxistisch-leninistischen Parteien verfehmten Prinzip gekennzeichnet: dem Revisionismus. Jede historische Situation erfordert die Überprüfung und mögliche Revision des Programms aus dem jeweiligen Kontext und konkret auf ihn bezogen. Jeden Anspruch auf eine angebliche Einsicht in eine allgemein gültige Geschichtsmetaphysik und einen sich daraus ableitenden Wahrheitsanspruch lehnen wir ab.

Wir haben die Hoffnung, daß die SDP in der DDR zu einer Volkspartei wird. Sie soll Bürgerinnen und Bürger aller sozialen Schichten ungeachtet ihrer Weltanschauung und ihres Glaubens vereinen mit dem Ziel einer ökologisch orientierten sozialen und demokratischen Entwicklung der DDR. Wir laden alle SED-Mitglieder ein zu prüfen, ob diese Partei für sie zu einem Ort demokratischer Mitarbeit für dieses Ziel werden kann. Wir wollen die Entwicklung dieses Landes aktiv mitgestalten und in ihm für die Verwirklichung dieser Ziele arbeiten. Wir werden auch bereit sein, dafür Verantwortung zu übernehmen - in dem doppelten Sinne, daß wir einstehen für das, was wir tun und daß wir bereit sein müssen, einmal an demokratischer Machtausübung beteiligt zu sein.

Das Sich-Hineinstellen in einen internationalen Kontext

Mit der Wahl dieses Namens für unsere Partei und mit unserer Programmatik stellen wir uns in einen internationalen Kontext. Wir ordnen uns ein in die Reihe der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und verstehen die unter ihnen, die unseren Zielen nahestehen, als Verbündete. Die Sozialistische Internationale steht für den Prozeß von Entspannung und Abrüstung, für eine Neuordnung der Weltwirtschaft zugunsten der Länder des Südens und die Begrenzung wirtschaftlicher Macht, für die Befriedigung der Grundbedürfnisse für alle als Kriterium von Entwicklung. Deshalb stellen wir heute auch den Antrag auf Aufnahme in die Sozialistische Internationale. Wir wissen, daß das Gesagte nicht ausschließlich gilt. Wir werden uns auch dort in kritischer Solidarität für die von uns bestimmten Ziele einsetzen. Gleichzeitig wissen wir, daß es in Europa und weltweit viele Kräfte gibt, die wir als unsere Verbündete betrachten können: Reformkräfte in Osteuropa, Grüne Parteien in Westeuropa, Kirchen und viele andere. Gruppierungen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der natürlichen Umwelt einsetzen. Befreiungsbewegungen und alle Kräfte in der sogenannten Dritten Welt, die sich für eine eigenständige, am wirklichen Bedarf der Bevölkerung orientierte Entwicklung ihrer Völker einsetzen. Mit ihnen allen fühlen wir uns verbunden und sind wir solidarisch.

Nächste Schritte im Aufbau der Partei

Wir müssen landesweite regionale Strukturen aufbauen, die den einzelnen Mitgliedern eine verbindliche Mitarbeit ermöglichen und durch die sie in fester Verbindung zur Gesamtpartei stehen.

Die örtlichen Gruppen, die sich bilden, haben vorerst folgende Aufgaben:

- Der Aufbau einer eigenen verbindlichen Struktur (Wahl etc.),
- Öffentlichmachen unserer Ziele und Einladung zur Beteiligung,
- Beteiligung an der programmatischen Arbeit je nach eigener Schwerpunktsatzung,
- eigene regionale und örtliche Schwerpunkte für die Arbeit vor Ort bestimmen, Bündnisse und Aktionsgemeinschaften mit anderen Gruppierungen vor Ort werden für die eigene Arbeit wichtig sein,

- politische Bildungsarbeit anbieten und nutzen. Gemeinsame Grundkategorien demokratischen Verhaltens lernen und einüben.

Je überzeugender, demokratischer, durchdachter und mutiger die Arbeit vor Ort läuft, desto mehr wird sie die Chance haben, ihre Ziele umzusetzen.

Wir werden Arbeitsgruppen bilden müssen zur Erarbeitung von Vorlagen zu programmatischen Konzeptionen und konkretern Handlungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen wie

- Wirtschaft,
- Europäische Sicherheit und deutsche Frage,
- Recht,
- Kultur,
- Bildung.

Zur Programmatik der Sozialdemokratischen Partei in der DDR

Allgemeine Zielbestimmung und Methode

Am 200. Jahrestag der Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte während der Französischen Revolution, am 26. August 1989, haben wir zuerst unseren Aufruf öffentlich gemacht, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Dieser Aufruf enthielt die allgemeine Zielbestimmung einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie und in den Stichworten erste Leitlinien zur Programmatik, für deren Verwirklichung wir eine sozialdemokratische Partei gründen wollten. Diese Stichworte geben die Richtung und Grundaussagen an, die wir weiter bedenken und diskutieren, differenzieren und ergänzen müssen. Im Folgenden will ich zu einigen zentralen Stichworten einige Ausführungen machen.

Wichtig aber ist: Die Ausarbeitung eines Programms in der angegebenen Richtung muß auf breiter Basis mit allen Mitgliedern der Partei und durch sie mitbestimmt erfolgen. Zu einer Partei mit demokratischer Zielrichtung gehört grundlegend die innerparteiliche Demokratie. Da haben wir als DDR-Bürger noch wenig Erfahrung und müssen wohl noch viel lernen. Doch die Zeit und Kraft dafür müssen wir uns nehmen! Hierin besteht eine erste und zentrale Aufgabe: die Bildung eines demokratischen Bewußtseins, das sich in der Sprache, in unserem Verhalten miteinander und zu Andersdenkenden zeigt.

Zu einer demokratischen Ordnung in Staat und Gesellschaft

Demokratie, das heißt die Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen an den Entscheidungsprozessen aufgrund gleicher Rechte und Pflichten, wird zu einer Grundbestimmung unseres Gemeinwesens in der DDR werden müssen. Nur so wird eine breite Identifizierung der Menschen mit diesem Land möglich werden. Voraussetzung jeder demokratischen Ordnung ist die möglichst klare Trennung von Staat und Gesellschaft, das heißt nicht nur von Staat und Kirchen, sondern ebenfalls von Staat und Partei(en).

Jede(r) hat das Recht, innerhalb des demokratischen Rechts in der Gesellschaft seine Interessen und seinen politischen Willen zu verfolgen und zur Geltung zu bringen und sich dafür mit anderen zusammenzuschließen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Vereine, Gewerkschaften, demokratische Bewegungen, Bürgerinitiativen, Parteien, Bildungseinrichtungen etc. Pluralität der Interessen und Kräfte stärkt die Gesellschaft und macht sie menschlich. Hier entwickeln und bilden sich politische Existenz und demokratische Haltung, das heißt die Zuständigkeit und Verantwortung für die eigenen Verhältnisse.

Politische Macht muß durch Mehrheitsfindung zustandekommen, der Öffentlichkeit durchsichtig sein, gesellschaftlich kontrolliert werden und abwählbar sein.

Die staatlichen Funktionsweisen sind: das frei gewählte gesetzgebende Parlament, die Regierung und eine unabhängige Justiz. Strikte Gewaltenteilung dieser Funktionsweisen ist Voraussetzung der demokratischen Kontrolle staatlicher Macht. Der Staat ist als demokratischer Rechtsstaat, das heißt er hat Recht zu setzen und zu schützen und ist ihm selbst verpflichtet und verantwortlich. Staatsgewalt ist so zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger begrenzt. In allen Konflikten, auch in solchen mit der staatlichen Gewalt selbst gibt es einen Rechtsweg, der zu garantieren ist. Dafür bedarf es der entsprechenden gesellschaftlich getragenen und kontrollierten Institutionen und unabhängigen Gerichte.

Über die Strukturen eines künftigen Staatsaufbaus und eine neue Verfassung wird dringend nachzudenken sein.

(-/7.12.1989/va-he/rs)

(Den dritten Teil bringen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *